

Von Bargeld über Gendern bis hin zu Korruption, Sommerzeit und Tierschutz:

Volksbegehren auf Allzeithoch

Derzeit buhlen so viele Volksbegehren wie nie zuvor um Unterschriften – nämlich 20 an der Zahl. Schon bald kann zudem auch das diese Woche präsentierte Begehren gegen Korruption unterstützt werden. Warum befinden sich Volksbegehren gerade auf einem Allzeithoch?



Foto: Klemens Groß

In „Moment Mal“ bei Damita Pressl zu Gast: Michael Ikrath und Walter Geyer, zwei Mit-Initiatoren des Volksbegehrens gegen Korruption. Zu sehen heute um 18 Uhr auf krone.tv.

Von der Rettung des Bargeldes, dem Stopp von Lebewildtier-Transporten über einen Vorstoß gegen genderechte Sprache bis hin zur Live-Übertragung von U-Ausschüssen, der Beibehaltung der Sommerzeit sowie der Erhöhung des Arbeitslosengeldes: Die Themenpalette der 20 Volksbegehren, die derzeit um Unterschriften buhlen, ist beachtlich. Überhaupt können aktuell so viele Begehren wie nie zuvor unterstützt werden. Bald auch das jüngst präsentierte Begehren gegen Korruption. Doch warum befinden sich Volksbegehren gerade auf einem Allzeithoch? Zum einen dürfte das am niederschwelligeren Zugang liegen: Seit 2018 ist das Sammeln von Unterschriften auf Gemeindeämtern unabhän-

gig vom Wohnsitz und online möglich – was sich immer mehr herumspricht. „Die aktuelle Entwicklung hat auch mit der leichteren und kostengünstigeren Mobilisierung über das Internet zu tun“, sagt Politologe Peter Filzmaier zur „Krone“.

Nimmt ein Volksbegehren die Hürde von 100.000 Unterschriften, muss sich das Parlament damit befassen. Letztlich werden diese aber meist ad acta gelegt – ohne dass die Forderungen umgesetzt werden. „Den Initiatoren geht es gar nicht immer nur um die Umsetzung ihrer Forderungen, sondern auch darum, für ein bestimmtes Thema öffentliche Aufmerksamkeit zu generieren und politischen Druck zu erzeugen“, erklärt Filzmaier. Beides erreiche man „unter der Flagge Volksbegehren viel einfacher, als etwa durch eine Petition“. Ein Motiv für Initiatoren ein Volksbegehren zu starten, sei laut dem Politologen auch, „das eigene Image zu stärken“. Sandra Schieder

➤ Akten könnten immer noch fehlen ➤ Exekutionsantrag

Finanzminister Blümel schon wieder Fall für Höchstgericht

Bundespräsident Van der Bellen hat im Zusammenhang mit der vom Verfassungsgerichtshof (VfGH) beantragten Exekution bei Finanzminister Blümel wegen nicht an den U-Ausschuss gelieferter Akten noch einmal das Höchstgericht eingeschaltet.

Im Ibiza-U-Ausschuss ist die Causa Aktenlieferung offenbar noch lange nicht beendet. Denn Abgeordnete von SPÖ, Neos und FPÖ haben sich in einem Schreiben an Bundespräsident Alexander

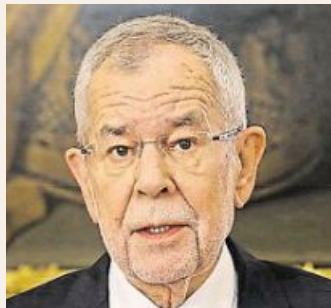
Van der Bellen gewandt, sie gehen nämlich davon aus, dass Finanzminister Gernot Blümel von der ÖVP noch immer nicht alle geforderten Unterlagen tatsächlich geliefert hat.

Das Staatsoberhaupt hat erneut den Verfassungsgerichtshof eingeschaltet und ersucht um Mitteilung, ob dieser den Exekutionsantrag vom Mai weiter aufrecht hält.

Erst nach Verkündung der Exekution hatte Minister Gernot Blümel, wie ausführlich berichtet, damals geliefert. Alexander Van der Bellen hat dem Gerichtshof für die Entscheidung eine Frist bis zum 25. Juni gesetzt.



Minister Gernot Blümel



Präsident Van der Bellen

Foto: www.picturedesk.com

Foto: Gottschling/PRK

➤ Abschiebungen

Am Rande einer Pressekonferenz ließ Justizministerin Alma Zadic (Grüne) mit einem anderen Thema aufhorchen. Sie kritisierte die Abschiebep Praxis Österreichs nach Afghanistan. Die Justizministerin verlangte eine rasche Evaluierung.

EHRlich GESAGT

HERR NIMMERWURSCHT

Österreich liefert eine Million Dosen an den Westbalkan. Für Impfungen ist die Balkanroute also nicht geschlossen.

